

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

15. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. Februar 1962

Nummer 19

## II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum

Seite

### Innenminister

11. 1. 1962 RdErl. Gewerbesteuerausgleich mit Gemeinden anderer Länder für das Rechnungsjahr 1962 . . . . . 359

## II.

### Innenminister

#### Gewerbesteuerausgleich mit Gemeinden anderer Länder für das Rechnungsjahr 1962

RdErl. d. Innenministers v. 11. 1. 1962 —  
III B 2 — 6/25 — 5061/62

Gemäß § 15 Abs. 1 des Gesetzes über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden (GewStAusglG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. April 1955 (GS. NW. S. 595) gebe ich im Einvernehmen mit dem Finanzminister bekannt, daß die Gegenseitigkeit im Gewerbesteuerausgleich, unbeschadet der Erstarrung der Arbeitnehmerzahlen für das Land Nordrhein-Westfalen gemäß meiner Verordnung vom 18. Juli 1961 (GV. NW. S. 266), auch im Ausgleichsjahr 1962 mit den Ländern Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz im Umfange der geringeren Leistung gesichert ist. Das gleiche gilt für den Gewerbesteuerausgleich mit Gemeinden der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein, soweit der Ausgleichsbetrag für Arbeitnehmer der Schifffahrt zu zahlen ist.

Wegen der sich aus der Erstarrung ergebenden Rechtsfragen verweise ich auf meinen Runderlaß vom 9. 12. 1958 (MBL. NW. S. 2621).

Da seit meinem Runderlaß vom 15. 2. 1961 (MBL. NW. S. 323) die Gewerbesteuerausgleichsregelungen in mehreren Ländern z. T. erheblich geändert worden sind, bitte ich die gegenwärtige Rechtslage, soweit sie für die Gegenseitigkeit und den Umfang der geringeren Leistung von wesentlicher Bedeutung ist, der diesem Runderlaß als Anlage beigefügten Tabelle zu entnehmen.

Die in der Tabelle angegebenen Ausgleichshöchstbeträge sind in den Ländern Bayern, Hessen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz am 1. 1. 1961 und in Baden-Württemberg am 1. 4. 1961 in Kraft getreten und gelten daher schon für den Gewerbesteuerausgleich 1961. Dem stand die Erstarrung der Berechnungsunterlagen für das Ausgleichsjahr 1961 in Nordrhein-Westfalen nicht entgegen, so daß im Gewerbesteuerausgleich 1961 mit Gemeinden anderer Länder auf die erstarrten Berechnungsunterlagen die neuen Höchstbeträge dieser Länder anzuwenden waren.

Da das Land **Baden-Württemberg** das Rechnungsjahr erst ab 1. 1. 1962 an das Kalenderjahr anpaßt, sind die für das dortige Rumpfrechnungsjahr 1961 und für das Rechnungs-

jahr 1962 geltenden besonderen Bestimmungen in Klammern angegeben.

In **Bayern** entscheidet, wenn die Wohngemeinde sich mit der Betriebsgemeinde nicht einigen kann, nicht mehr die Regierung. Die Wohngemeinde kann sogleich Klage nach der Verwaltungsgerichtsordnung erheben; jedoch kann eine der beteiligten Gemeinden vor Klageerhebung bei der für die Betriebsgemeinde zuständigen Regierung die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens beantragen. Für den Fall, daß auf Grund der Herabsetzung der Mindestarbeitnehmerzahlen (Ziffer 4 der Tabelle) erstmalig ein Ausgleichsanspruch geltend gemacht wird, verschiebt das Gesetz die Anmeldefrist (Ziffer 11 der Tabelle) auf den 15. August, die Termine 5. März und 5. Mai (Ziffer 12–14 der Tabelle) auf den 15. Oktober und den Termin 1. August (Ziffer 16 der Tabelle) auf den 15. November. Da aber die außerbayerischen Gemeinden von der Änderung teilweise erst später erfahren haben, hat der Bayerische Staatsminister der Finanzen den bayerischen Gemeinden empfohlen, bei etwaigen Fristüberschreitungen Nachsicht zu üben.

Für **Schleswig-Holstein** ist darauf hinzuweisen, daß zu den Arbeitnehmern im Sinne des Gesetzes nicht gehören

- a) Lehrlinge und Anlernlinge,
- b) Beschäftigte, die im Durchschnitt des letzten Monats vor dem Stichtag weniger als 15 Wochenstunden beschäftigt waren, oder
- c) Beschäftigte, die eine dritte oder weitere Lohnsteuerkarte vorlegen.

Ferner kann auf Antrag einer der beteiligten Gemeinden die Kommunalaufsichtsbehörde bzw. der Innenminister die Durchführung des Gewerbesteuerausgleichs für die in einer Betriebsstätte (Baustelle) beschäftigten Arbeitnehmer auf das folgende Gewerbesteuerausgleichsjahr verschieben, sofern wegen noch fehlender Gewerbesteuerveranlagungen zweifelhaft ist, welche Betriebsgemeinde zur Zahlung verpflichtet ist (Antragsfrist: 1. September).

Im Lande **Niedersachsen** steht für das Ausgleichsjahr 1962 eine Änderung des Gewerbesteuerausgleichsgesetzes bevor, die außer einer Änderung der Zahlungstermine im wesentlichen eine Erhöhung des Ausgleichshöchstbetrages vorsieht. Die Änderung werde ich zu gegebener Zeit bekanntmachen. Wegen der Fristen können die zur Zeit geltenden Vorschriften zunächst zugrunde gelegt werden.

An die Gemeinden und Gemeindeaufsichtsbehörden.

Anlage  
zum RdErl. d. Innenministers v. 11. 1. 1962 -  
III B 2 - 6/25 - 5061/62

**Übersicht über das Gewerbesteuerausgleichsrecht der Länder,  
mit denen die Gegenseitigkeit gesichert ist (§ 15 Abs. 1 GewStAusglG)**

| Gegenstand<br>(in Klammern die evtl.<br>Regelung im<br>GewStAusglG, NW<br>in der Fassung der<br>Bekanntmachung v.<br>5. April 1955)<br>(GS. NW. S. 595) | Baden-Württemberg                                                                                                                                                                        | Bayern                                                                                                                                                                                 | Hessen                                                                                                                                                                                                                                           | Niedersachsen                                                                                                | Rheinland-Pfalz                                                                                                                                                                                              | Schleswig-Holstein                             |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------|
| 1. Gesetze und<br>Verordnungen                                                                                                                          | GewStAusglG<br>v. 17. 12. 1954<br>(GBl. S. 178) i. d. F. d.<br>Ges. v. 26. 11. 1956<br>(GBl. S. 170) u. v.<br>20. 6. 1961 (GBl. S. 193)<br>GewStAusglV<br>v. 9. 7. 1955<br>(GBl. S. 120) | GewStAusglG<br>v. 30. 5. 1961<br>(GVBl. S. 147);<br>GewStAusglV<br>v. 20. 6. 1961<br>(GVBl. S. 178)                                                                                    | GewStAusglG<br>i. d. F. v. 1. 4. 1960<br>(GVBl. S. 33);<br>2. DVO z. GewSt<br>AusglG v. 13. 4. 1960<br>(GVBl. S. 43);<br>3. DVO z. GewSt<br>AusglG v. 10. 1. 1961<br>(GVBl. S. 9);<br>4. DVO z. GewSt<br>AusglG v. 16. 8. 1961<br>(GVBl. S. 121) | GewStAusglG<br>v. 9. 5. 1956<br>(GVBl. S. 49);<br>1. DVO z. GewSt<br>AusglG v. 22. 9. 1956<br>(GVBl. S. 187) | GewStAusglG<br>v. 24. 10. 1956<br>(GVBl. S. 119);<br>1. LandesVO<br>v. 8. 11. 1956<br>(GVBl. S. 143);<br>2. LandesVO<br>v. 24. 2. 1961<br>(GVBl. S. 43)                                                      | GewStAusglG<br>v. 25. 3. 1960<br>(GVBl. S. 83) |
| 2. Stichtag<br>(§ 3 Satz 2)                                                                                                                             | Tag der Ausstellung der<br>Lohnsteuerkarten bzw.<br>wenn dieser auf einen<br>Sonntag fällt -- der<br>darauffolgende Werktag                                                              | Tag der Ausstellung der<br>Lohnsteuerkarten bzw.<br>-- wenn dieser auf einen<br>Sonn- oder Feiertag<br>fällt -- der darauf-<br>folgende Werktag; der<br>Samstag gilt als Feier-<br>tag | Tag der Ausstellung<br>der Lohnsteuerkarten                                                                                                                                                                                                      | Tag der Ausstellung<br>der Lohnsteuerkarten                                                                  | Tag der Ausstellung<br>der Lohnsteuerkarten<br>bzw. -- wenn dieser auf<br>einen Sonntag fällt --<br>der darauffolgende<br>Werktag                                                                            | 5. Mai des<br>Ausgleichsjahres                 |
| 3. Zu den Arbeit-<br>nehmern im Sinne<br>des Gesetzes (§ 4)<br>gehören                                                                                  | Lehrlinge und<br>Anlernlinge                                                                                                                                                             | Anlernlinge                                                                                                                                                                            | Lehrlinge und<br>Anlernlinge                                                                                                                                                                                                                     | Lehrlinge und<br>Anlernlinge                                                                                 | Lehrlinge und<br>Anlernlinge                                                                                                                                                                                 | --                                             |
| 4. Mindestzahl der<br>Arbeitnehmer                                                                                                                      | 4 Arbeitnehmer                                                                                                                                                                           | 4 Arbeitnehmer aus<br>Wohngemeinden bis<br>zu 3000 Einwohnern;<br>7 Arbeitnehmer aus<br>Wohngemeinden mit<br>mehr als 3000 Ein-<br>wohnern                                             | 3 Arbeitnehmer, wenn<br>Entfernung zwischen<br>Wohn- und Betriebs-<br>gemeinde nicht mehr<br>als 150 km beträgt;<br>6 Arbeitnehmer bei<br>größerer Entfernung                                                                                    | Keine Mindestzahl                                                                                            | 3 Arbeitnehmer aus<br>Wohngemeinden bis<br>zu 1000 Einwohnern;<br>5 Arbeitnehmer aus<br>Wohngemeinden bis<br>zu 3000 Einwohnern;<br>9 Arbeitnehmer aus<br>Wohngemeinden mit<br>mehr als 3000 Ein-<br>wohnern | Keine Mindestzahl                              |

| Gegenstand<br>(in Klammern die evtl.<br>Regelung im<br>GewStAusgl/Ges. NW<br>in der Fassung der<br>Bekanntmachung v.<br>5. April 1955)<br>(GS. NW. S. 595) | Baden-Württemberg                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Bayern                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Hessen                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Niedersachsen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Rheinland-Pfalz                                                                                                                 | Schleswig-Holstein                                                                                                           |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 5. Höchstentfernung<br>zwischen Betriebs-<br>gemeinde und<br>Wohngemeinde<br>(§ 5)                                                                         | 100 km (außer für<br>Arbeitnehmer der<br>Schifffahrt)                                                                                                                                                                                                                                                                   | Keine Höchstentfernung<br>(Übergangsregelung für<br>das Ausgleichsjahr 1961:<br>70 km -- außer für<br>Arbeitnehmer der<br>Schifffahrt)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Keine Höchst-<br>entfernung                                                                                                                                                                                                                                                                    | 100 km<br>(außer für Arbeit-<br>nehmer der Schifffahrt)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | 70 km<br>(außer für Arbeit-<br>nehmer der Schifffahrt)                                                                          | 70 km<br>(außer für Arbeit-<br>nehmer der Schifffahrt)                                                                       |
| 6. Berechnung des<br>Ausgleichsbetrages<br>(§ 7 Abs. 1 Satz 1)                                                                                             | wie Nordrhein-West-<br>falen (Sonderregelung<br>für das Ausgleichsjahr<br>1961: Es ist das Ge-<br>werbesteueraufkommen<br>vom 1. 4. -- 31. 12. 1960<br>zugrunde zu legen.<br>Sonderregelung für das<br>Ausgleichsjahr 1962:<br>Es ist das Gewerbe-<br>steueraufkommen des<br>Kalenderjahres 1961<br>zugrunde zu legen.) | wie Nordrhein-West-<br>falen (Sonderregelung<br>für das Ausgleichsjahr<br>1961: Es ist das Ge-<br>werbesteueraufkommen<br>des Rechnungsjahres<br>1960 zuzüglich eines<br>Viertels des Gewerbe-<br>steueraufkommens im<br>Rechnungsjahr 1959<br>zugrunde zu legen.)                                                                                                                                                                                                                       | wie Nordrhein-<br>Westfalen                                                                                                                                                                                                                                                                    | wie Nordrhein-<br>Westfalen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | wie Nordrhein-<br>Westfalen                                                                                                     | wie Nordrhein-<br>Westfalen                                                                                                  |
| 7. Als Gewerbesteuer-<br>aufkommen gilt<br>(§ 7 Abs. 1 Satz 2)                                                                                             | das auf einen Hebesatz<br>von 250 v. H. unge-<br>rechnete Ist-Aufkom-<br>men der Gewerbesteuer<br>nach Ertrag und<br>Kapital.                                                                                                                                                                                           | a) das Ist-Aufkommen<br>der Gewerbesteuer<br>nach Ertrag und<br>Kapital einschl.<br>Zweigstellen-,<br>Wandergewerbe- und<br>Lohnsummensteuer;<br>bei nicht Lohn-<br>summensteuer er-<br>hebenden Gemeinden<br>auf einen Hebesatz<br>von 250 v. H., bei den<br>übrigen Gemeinden<br>auf einen Hebesatz<br>von 800 v. H. (bei<br>der Lohnsummen-<br>steuer) bzw. von 200<br>v. H. (bei den übrigen<br>Steuern) umgerech-<br>net,<br>b) das Ist-Aufkommen<br>der Mindestgewerbe-<br>steuer. | das auf einen Durch-<br>schnittsbesatz un-<br>gerechnete Ist-Auf-<br>kommen der Gewerbe-<br>steuer nach Ertrag und<br>Kapital. Durchschnitt-<br>licher Hebesatz ist der<br>im hessischen Fin.-<br>AusglG zur Berechnung<br>der Steuerkraftzahl<br>festgesetzte einheitliche<br>Vomhundertsatz. | a) das auf einen Hebe-<br>satz von 200 v. H.<br>ungerechnete Ist-<br>Aufkommen der<br>Gewerbesteuer nach<br>Ertrag und Kapital<br>und das auf einen<br>Hebesatz von 800 v. H.<br>ungerechnete Ist-<br>Aufkommen der<br>Lohnsummensteuer,<br>wenn Lohnsummen-<br>steuer erhoben<br>worden ist,<br>b) das auf einen Hebe-<br>satz von 250 v. H.<br>ungerechnete Ist-<br>Aufkommen der<br>Gewerbesteuer,<br>wenn Lohnsummen-<br>steuer nicht erhoben<br>worden ist. | das auf einen Hebe-<br>satz von 240 v. H.<br>ungerechnete Ist-Auf-<br>kommen der Gewerbe-<br>steuer nach Ertrag und<br>Kapital. | das auf einen Hebe-<br>satz von 250 v. H.<br>ungerechnete Ist-<br>Aufkommen der<br>Gewerbesteuer nach<br>Ertrag und Kapital. |

| (in Klammern die evtl. Regelung im GewStAusglG des NW in der Fassung der Bekanntmachung v. 5. April 1955) (GS. NW. S. 595) | Baden-Württemberg                                                                                                                                                                 | Bayern                                                                                      | Hessen                                                                                                                                                                                                 | Niedersachsen  | Rheinland-Pfalz | Schleswig-Holstein |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|-----------------|--------------------|
| 8. Ausgleichshöchstbetrag (§ 7 Abs. 1 Satz 1 letzter Halbs.)                                                               | 100 DM<br>(Sonderregelung für das Ausgleichsjahr 1961: 75 DM)                                                                                                                     | 100 DM                                                                                      | Bei einem Gewerbesteueraufkommen je Arbeitnehmer<br>1) von mehr als 330 DM: 100 DM,<br>2) von mehr als 300 DM bis 330 DM: 90 DM,<br>3) von mehr als 270 DM bis 300 DM: 80 DM,<br>4) bis 270 DM: 70 DM. | 70 DM          | 100 DM          | 100 DM             |
| 9. Ausgleichsbetrag für Betriebsgemeinden, die keine Gewerbesteuer erheben (§ 7 Abs. 2)                                    | 100 DM<br>(Sonderregelung für das Ausgleichsjahr 1961: 75 DM)                                                                                                                     | 100 DM                                                                                      | Die Hälfte des Höchstbetrages nach Ziffer 8                                                                                                                                                            | kein Ausgleich | 60 DM           | 50 DM              |
| 10. Mitteilungspflicht der Betriebe (§ 8)                                                                                  | Innerhalb von 5 Wochen nach dem Stichtag                                                                                                                                          | Innerhalb von 5 Wochen nach dem Stichtag                                                    | Innerhalb von 5 Wochen nach dem Stichtag                                                                                                                                                               | 5. November    | 5. November     | 1. Juni            |
| 11. Anmeldefrist der Wohngemeinde (§ 10 Abs. 1)                                                                            | 5. Januar                                                                                                                                                                         | 5. Januar                                                                                   | 5. Januar                                                                                                                                                                                              | 5. Januar      | 5. Januar       | 10. Juli           |
| 12. Erklärungsfrist der Betriebsgemeinde (§ 11 Abs. 1)                                                                     | 5. März                                                                                                                                                                           | 5. März<br>(bzw. 5. Juli, wenn der Anspruch bis 5. März nur unter Vorbehalt anerkannt war). | 5. März                                                                                                                                                                                                | 5. März        | 5. März         | 1. August          |
| 13. Frist für die Aufrechnung (vgl. OVG Münster, Urf. v. 14. 6. 1961 in KStZ 1961, 225 u. DSfZ 1961, 401)                  | Die Betriebsgemeinde kann auch aufrechnen, wenn sie die Anmeldung (Ziffer 11) unterlassen hatte. Die Aufrechnung ist zusammen mit der Erklärung nach Ziffer 12 geltend zu machen. | 5. März                                                                                     | Die Betriebsgemeinde kann nur aufrechnen, wenn auch sie ihren Anspruch nach Ziffer 11 angemeldet hat.                                                                                                  | —              | wie Hessen      | wie Hessen         |

| Gegenstand<br>(in Klammern die evtl.<br>Regelung im<br>GewSt/Ausgl/Ges. NW<br>in der Fassung der<br>Bekanntmachung v.<br>5. April 1955)<br>(GS. NW. S. 595)                                                                                                | Baden-Württemberg | Bayern    | Hessen       | Niedersachsen | Rheinland-Pfalz                                                          | Schleswig-Holstein |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|-----------|--------------|---------------|--------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| 14. Mitteilungsfrist über<br>Höhe und Berech-<br>nung des Ausgleichs-<br>betrages, wenn die<br>Betriebsgemeinde<br>nicht den Höchst-<br>betrag zahlen will<br>(§ 11 Abs. 4)                                                                                | 5. Juni           | 5. Mai    | 5. Juni      | 5. Juni       | 5. Juni                                                                  | 1. August          |
| 15. Antragsfrist für die<br>Entscheidung des<br>Regierungspräsi-<br>diums (Regierungs-<br>präsidiums der<br>Kommunalaufsichts-<br>behörde) wenn<br>a) die Betriebs-<br>gemeinde den An-<br>spruch nicht oder<br>nur zum Teil<br>anerkennt<br>(§ 11 Abs. 2) | 5. Juni           | -         | 5. Juni      | 5. Juni       | 5. Juni                                                                  | 1. September       |
| b) die Betriebs-<br>gemeinde nicht<br>den Höchstbetrag<br>zahlen will<br>(§ 11 Abs. 4)                                                                                                                                                                     | 5. Juli           | -         | 5. Juli      | 5. Juli       | innerhalb eines Monats<br>nach Zugang der Mit-<br>teilung nach Ziffer 14 | 1. September       |
| c) die Betriebs-<br>gemeinde den An-<br>spruch unter Vor-<br>behalt anerkannt<br>hat<br>(§ 11 Abs. 3)                                                                                                                                                      | 5. September      | -         | 5. September | 5. September  | 5. September                                                             | -                  |
| 16. Antragsfrist zur<br>Durchführung des<br>Härteausgleichs<br>durch den Regie-<br>rungspräsidenten<br>(das Regierungs-<br>präsidium, die Re-<br>gierung, die Kom-<br>munalaufsichts-<br>behörde ... § 13 —)                                               | 5. September      | 1. August | 5. September | 5. September  | 5. Juni                                                                  | 1. September       |

| Gegenstand<br>(in Klammern die evtl.<br>Regelung im<br>GewStAusglGes. NW<br>in der Fassung der<br>Bekanntmachung v.<br>5. April 1955)<br>(GS. NW. S. 595)                | Baden-Württemberg                                                                                                                                                                                                                                                                        | Bayern                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | Hessen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | Niedersachsen                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Rheinland-Pfalz                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Schleswig-Holstein                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 17. Fälligkeit der Aus-<br>gleichsbeträge (§ 12)                                                                                                                         | am<br>1. März<br>1. Juni<br>1. September<br>1. Dezember<br>mit je einem Viertel<br>(Sonderregelung für das<br>Ausgleichsjahr 1961:<br>am<br>1. Juni<br>1. September<br>1. Dezember<br>mit je einem Drittel)                                                                              | am<br>1. Juni und<br>1. Dezember<br>je zur Hälfte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | am<br>20. März und<br>20. September<br>je zur Hälfte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | am<br>1. Juni<br>1. September<br>1. Dezember<br>1. März<br>mit je einem Viertel                                                                                                                                                                                                                                            | am<br>1. März<br>1. Juni<br>1. September<br>1. Dezember<br>mit je einem Viertel                                                                                                                                                                                                                                 | am<br>1. Juli und<br>1. November<br>je zur Hälfte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |
| 18. Sonderbestimmungen<br>bei Arbeitnehmern<br>in Betrieben mit<br>mehreren Betriebs-<br>stätten oder in<br>mehrgemeindlichen<br>Betriebsstätten<br>(§ 10 Abs. 1 Satz 2) | Zur Wahrung der<br>Anmeldefrist (Ziffer 11)<br>genügt die fristgemäße<br>Anmeldung bei einer<br>der beteiligten Ge-<br>meinden. Die Betriebs-<br>gemeinde, bei der der<br>Anspruch angemeldet<br>worden ist, hat die<br>übrigen Betriebs-<br>gemeinden alsbald davon<br>zu verständigen. | Zur Wahrung der<br>Anmeldefrist (Ziffer 11)<br>genügt die fristgemäße<br>Anmeldung bei einer<br>der beteiligten Ge-<br>meinden. Wird der<br>Wohngemeinde bekannt,<br>daß sie ihren Anspruch<br>nicht bei der zur<br>Zahlung verpflichteten<br>Gemeinde bzw. nicht<br>bei allen verpflichteten<br>Gemeinden angemeldet<br>hat, so hat sie dies un-<br>verzüglich nachzuholen.<br>In diesem Fall ver-<br>schieben sich die<br>Termine 5. März, 5. Mai,<br>5. Juli (Ziffern 12-14)<br>und 1. August (Ziffer 16)<br>um die zwischen dem<br>5. Januar und der er-<br>neuten Anmeldung<br>liegenden Zeitspannen. | Zur Wahrung der<br>Anmeldefrist (Ziffer 11)<br>genügt die fristgemäße<br>Anmeldung bei einer<br>der beteiligten Ge-<br>meinden. Ist bei Be-<br>trieben mit mehreren<br>beteiligten Gemeinde<br>nicht Betriebsgemeinde,<br>so hat sie dies der<br>Wohngemeinde bis zum<br>5. März mitzuteilen.<br>Die Wohngemeinde hat<br>ihren Anspruch bis<br>5. Mai bei der zustän-<br>digen Betriebsgemeinde<br>anzumelden. In diesen<br>Fällen verlängert sich<br>der Termin 5. Juni<br>(Ziff. 15a) auf 5. Au-<br>gust. Stellt eine Ge-<br>meinde, die einen Aus-<br>gleichsanspruch unter<br>Vorbehalt anerkannt<br>hat, bei der Nachprü-<br>fung fest, daß sie für<br>Arbeitnehmer von Be-<br>trieben mit mehreren<br>Betriebsstätten nicht<br>Betriebsgemeinde ist, | Zur Wahrung der An-<br>meldefrist (Ziffer 11)<br>genügt die fristgemäße<br>Anmeldung bei einer<br>der beteiligten Ge-<br>meinden. Die Betriebs-<br>gemeinde, bei der der<br>Anspruch angemeldet<br>worden ist, hat die<br>übrigen beteiligten<br>Betriebsgemeinden<br>alsbald von der An-<br>meldung zu ver-<br>ständigen. | Zur Wahrung der An-<br>meldefrist (Ziffer 11)<br>genügt die fristgemäße<br>Anmeldung bei einer<br>der beteiligten Ge-<br>meinden. Die Betriebs-<br>gemeinde, bei der der<br>Anspruch angemeldet<br>worden ist, hat die übrigen<br>beteiligten Gemeinden<br>alsbald von der An-<br>meldung zu ver-<br>ständigen. | Zur Wahrung der An-<br>meldefrist (Ziffer 11)<br>genügt die Anmeldung<br>bei einer der beteiligten<br>Gemeinden. Gibt bei<br>Arbeitnehmern von<br>Betrieben mit Betriebs-<br>stätten in verschiedenen<br>Gemeinden die zunächst<br>in Anspruch genommene<br>Betriebsgemeinde die<br>Erklärung ab, daß sie<br>den Anspruch nicht<br>oder nur zum Teil<br>anerkennt, so muß die<br>Wohngemeinde bis<br>1. September ihren An-<br>spruch bei der zustän-<br>digen Betriebsgemeinde<br>geltend machen; die<br>Frist nach Ziffer 12<br>verschiebt sich auf den<br>15. September, die<br>nach Ziffer 15a) auf den<br>20. Oktober. Bei mehr-<br>gemeindlichen Betriebs-<br>stätten muß die Be-<br>triebsgemeinde, bei der der<br>Anspruch angemeldet<br>worden ist, die übrigen<br>Betriebsgemeinden |

| Gegenstand<br>(in Klammern die evtl.<br>Regelung im<br>GewStAusgGes. NW<br>in der Fassung der<br>Bekanntmachung v.<br>5. April 1955)<br>(GS. NW. S. 595) | Baden-Württemberg | Bayern | Hessen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Niedersachsen | Rheinland-Pfalz | Schleswig-Holstein                                          |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|--------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|-----------------|-------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                                                          |                   |        | und lehnt sie daher den<br>Anspruch ab, so kann<br>die Wohnungsgemeinde<br>innerhalb eines Monats<br>ihren Anspruch bei der<br>zuständigen Betriebs-<br>gemeinde geltend<br>machen. Die Betriebs-<br>gemeinde kann den<br>Anspruch innerhalb<br>eines Monats ablehnen.<br>Die Wohnungsgemeinde<br>kann dann innerhalb<br>eines Monats die Ent-<br>scheidung des Regie-<br>rungspräsidenten<br>beantragen. |               |                 | alsbald von der er-<br>folgten Anmeldung ver-<br>ständigen. |

**Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,25 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

---

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 8,— DM, Ausgabe B 9,20 DM.

---